

# Bülow'sche Anzeiger

Der „Bülow'sche Anzeiger“ erscheint wöchentlich zweimal, Dienstag und Freitag Abends.  
**Abonnementspreis**  
beträgt vierteljährlich 50 Pf. Alle resp. Postämter nehmen zu diesem Preise incl. Postausschlag Bestellungen an.



Der **Insertionspreis**  
beträgt pro einspaltige Zeile 10 Pf., Anzeigen werden bis Dienstag und Freitag Mittag erbeten.  
Alle Anzeigen-Bureau nehmen Inserate für dieses Blatt an.  
Einrückungsaufträge an alle auswärtigen Blätter werden ohne Preisauflage vermittelt.

Für den Druck verantwortlich: J. Glöde in Bülow.

Verlag und Redaktion von J. Glöde in Bülow.

Ar. 17.

Freitag, den 27. Februar

1891.

## Ueber das Auswanderungswesen

Das Jahr 1890 liegt der Bericht des Reichskommissars jetzt dem Reichstage vor. Die Auswanderung über die deutschen Häfen hat während des Jahres 1890 gegen das Jahr 1889 recht bedeutend zugenommen. Hierzu ist in nicht unerheblichem Maße die außergewöhnlich starke Auswanderung aus Russland über Bremen nach Brasilien beigetragen, welche zur Folge hatte, daß die Zahl der von diesem Hafenorte aus nach Brasilien beförderten Personen auf 30 835 gegen 1934 im Jahre 1889 stieg. In Hamburg und Bremen ist die Zahl der in der Passagierfahrt beschäftigten Dampfer während des verfloffenen Jahres wieder erheblich vermehrt worden. Die Hamburg-Amerikanische Paketfahrt-Actien-Gesellschaft betreibt mit ihren Schiffen auch die Auswandererbeförderung von Stettin aus und hatte auf dieser Linie während des Sommers 3, während der Wintermonate 2 Schiffe in regelmäßiger Fahrt. Sie hat neuerdings die Einrichtung getroffen, daß den Zwischen- und Passagieren Ess- und Trinkgeschirr, bestehend in Teller, Kaffel und Trinkbecher, sowie auch Nachtgeschirr, unentgeltlich geliefert wird.

Mehrfach ist im Laufe des Jahres gegen Auswanderungs-Agenten, sowohl des Inlandes als auch des Auslandes, wegen Lebensverteilung der Auswanderer, wegen verschärfter Zwänge mit einer bestimmten Linie zu reisen und wegen strafbarer Verleitung zur Auswanderung Klagen erhoben worden. Von den gegen inländische Agenten erhobenen Klagen haben sich einige bei der Untersuchung als ungerechtfertigt herausgestellt, in anderen Fällen ist die Untersuchung noch im Gange.

Die betreffenden Auswanderer trotz fortgesetzter Nachfrage von keinem in Deutschland befindlichen Vermittler zwischen ihnen und dem Agenten irgend welche Kenntnis haben wollen, sondern fast stets behaupten, daß die Offerten des Lissaboner Agenten in ihren Ortsorten zirkulieren, und daß sie ihre Beförderung direkt bei dem Agenten in Lissabon beantragt haben, so ist die Ermittlung einiger Lissabon-Agenten in Deutschland nicht schwer zu ermöglichen. Die Direktion des Norddeutschen Lloyd hat sich neuerdings entschlossen, von dem Lissaboner Auswanderungsagenten Deutsche zur Beförderung nach Brasilien in Bremen nicht mehr anzunehmen, ein Vorhaben, dessen Durchführung dadurch erschwert werden dürfte, daß der Agent ankündend inwischen seine Firma geändert hat und seine Zirkulare und Prospekte nach Deutschland nunmehr unter neuer Firma versendet.

Ueber die deutschen Häfen Bremen, Hamburg, Stettin und Westermünde wurden im Laufe des verfloffenen Jahres 243 283 Personen, Passagiere eingeschifft, gegen 181 003 Personen im Jahre 1889 befördert. Von diesen 243 283 Personen wurden befördert über Bremen 141 425, über Hamburg 99 328 und über Stettin und Westermünde 25 530 Personen. 68 Personen mußten aus New York zurückgebracht werden, weil sie wegen Mittellosigkeit dort zurückgelassen waren. Es sind dies fast sämtlich Russen und Oesterreicher.

Unter den insgesamt beförderten 243 283 Personen kamen 74 820 aus Deutschland. Von diesen gehörten ihrem Berufe nach an

der Landwirtschaft	11 678	15,7 pCt.
der Industrie	10 721	14,3
dem Handel und Verkehr	5 564	7,4
dem Arbeiterstande	19 450	26,0
anderen Berufsarten (freier Beruf, öffentl. Dienste)	1 504	2,0
ohne Beruf bzw. ohne Berufsaussage	25 903	34,6
Zusammen	74 820	100 pCt.

Von den 74 820 deutschen Auswanderern kamen u. a. aus der Provinz Posen 10 122,

aus Westpreußen 9613, aus Pommern 7965, Hannover 5657, Bayern rechts des Rheins 6176, Württemberg 4289. Es wanderten u. a. nach den Ver. Staaten von Nordamerika 69 118, Brasilien 3145, Argentinien 643, Chile 260, Afrika 468 (350 männlich, 118 weiblich), Asien 165, Australien 439. — Aus nichtdeutschen Staaten wanderten über deutsche Häfen nach den Ver. Staaten 134 582, Brasilien 30 520, Argentinien 1187, Afrika 458, Asien 70, Australien 353. Unter den 168 471 nichtdeutschen Auswanderern über deutsche Häfen waren 85 548 Russen, 55 658 Oesterreicher und Ungarn, 4807 Dänen, 2248 Schweden und Norweger, 1380 Rumänen, 17 026 Amerikaner.

## Politische Rundschau.

**Deutschland.**  
\* Am Dienstag begab sich der Kaiser in das Reichskanzlerpalais, um dem Reichskanzler General v. Caprivi zu dessen 60. Geburtstag persönlich zu beglückwünschen.

\* Die Bedeutung des Besuchs der Kaiserin Friedrich in Paris ist unklar. Fast sämtliche Pariser Zeitungen erörtern nunmehr die Frage, ob für Frankreich der Augenblick gekommen sei, sich Deutschland zu nähern. Die Mehrzahl bejaht die Frage mit dem Hinzufügen, die Annäherung könne niemals bis zu einem Bündnis heranzuwachen. Jedenfalls müsse Frankreich Russlands Freund bleiben. Sehr wenige Blätter sprechen sich für die Fortdauer der bisherigen gespannten Beziehungen zwischen beiden Ländern aus.

\* Der Hannov. Konv. erklärt aus besserer Einsicht an dem Kaiser, daß der Reichskanzler v. Caprivi ein Mann ist, der sich für die Beförderung des vom Kaiser angekauften Schlosses Urville.

\* Nachdem unbegreiflicherweise volle vierzehn Tage lang die Ministerkrise ergrünte verflummt waren, wird jetzt, um einem tiefgehenden Bedürfnisse abzuhelfen, die Mitteilung verbreitet, daß der Kultusminister v. Schulerz in den letzten Tagen seiner Ministerthätigkeit liege. Man sagt, Herr v. Goller sei zum Nachfolger des hochbetagten Oberpräsidenten v. Seydewitz in Breslau auserkoren, welcher sein Abschiedsgesuch eingereicht habe. Was aber sich jedoch erst nach der Verlegung des Landtages am Pfingsten vollziehen.

\* Eine hervorragende Hamburger Persönlichkeit gegenüber sprach sich Fürst Bis marck in erregtem Tone darüber aus, daß er für alle politischen Artikel der „Hamb. Nachr.“ verantwortlich gemacht werde. Er habe bisher nur einige kritische Mitteilungen in dem Hamburger Blatte veröffentlicht; alle anderen Artikel seien Redaktionsarbeit, wenn er auch nicht leugne, daß sie vorwiegend seinen Intentionen entsprächen. Es liege ihm nicht ein, der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten, zumal er am besten wisse, mit welchen offenen und secreten Schwierigkeiten ohnehin jede Regierung zu kämpfen habe. Er wolle nur verüben, daß ein zu weit gehender Idealismus ins Schlepptau eines gefährlichen Realismus gerate, der das Bestehende niederreißen wolle, um dann seine Herrschaft zu proklamieren.

\* Vom 1. März ab findet, wie eine im Reichsanzeiger veröffentlichte Bekanntmachung besagt, der für den inneren deutschen Verkehr eingeleitete ermäßigte Portofoß von 5 Pfennig über 50 bis 100 Gramm einschließlich auch im Verkehr mit Oesterreich-Ungarn Anwendung.

\* Die Handelskammer in Thorn hatte bei dem Handelsminister v. Berta die Aufhebung der vom Fürsten Bismarck eingeführten Cen sur der Handelskammer in Jahresberichte beantragt. Der Minister hat den Antrag abgelehnt.

**Oesterreich-Ungarn.**  
\* Das Besinden des Ministerpräsidenten Grafen Taaffe hat sich soweit gebessert, daß derselbe das Bett verlassen konnte.

\* Bei dem von den Gemeindebehörden von Spalato dem deutschen Gesandten v. Ehren vermittelten Feindbesuch brachte der Bürgermeister einen Toast auf den deutschen Kaiser aus, den treuen Verbündeten des Oesterreichers Kaisers. Staats-Admiral Schöber erwiderte mit einem Toast auf den Kaiser Franz Joseph und sprach seiner Dank für das stehende würdige Entgegenkommen und die erwiesene Gastfreundschaft aus. Beide Toaste fanden begeisterte Aufnahme.

**Frankreich.**  
\* Zur Anerkennung der republikanischen Regierungsform in Frankreich veröffentlicht La France Nouvelle einen Brief des Papstes an den Kardinal Lavignier, in welchem der Papst anerkennt, daß der Eifer Lavigniers und die dem heiligen Stuhle erwiesenen guten Dienste desselben der Gegenwart und den Erwartungen des Papstes entsprechen. — Der „Gaulois“ erzählt von dem Bischof Freypel nahe stehender Seite, daß Resultat der Reise des Bischofs Freypel nach Rom sei, daß sich die Katholiken Frankreichs in derselben Lage befinden, wie vor einem halben Jahre, und daß der Papst ihnen keinerlei Anschlag anrate noch anraten werde.

\* Ueber die einmalige Einberufung der Eisenbahn-Schutz-Truppen bringen wenig erbauliche Nachrichten in die Öffentlichkeit. Die Kadres sollen im allgemeinen an Zahl und Qualität ungenügend gewesen sein; die Sanitäts-Mannschaften waren mangelhaft ausgerüstet, namentlich bei der Kälte ganz ungenügend gekleidet, auch schlecht verpflegt. Specially bei einem Korps an der Ostgrenze sollen die schwersten Insubordinationen vorgekommen sein, und ein Kolonialblatt glaubt versichern zu können, daß der ganze Versuch von der Oberbehörde als „null und nichtig“ angesehen und unter günstigeren klimatischen Verhältnissen wieder aufgenommen werden wird.

\* In Paris ist die Devouloisde Patriotensliga wieder obenau. Sie hat eine Verammlung abgehalten, welche in geschmackvoller Weise gegen einen etwaigen Besuch Kaiser Wilhelms in Paris protestierte. Infolge dieser Proteste werden die meisten französischen Vater ihre Zusage, die Berliner Ausstellungen zu besuchen, wieder zurückzuziehen, wahrscheinlich wird nun keine ausfallen.

## England.

\* Das Marinebudget pro 1891/92 veranschlagt die Ausgaben auf 14, Mill. Pf. Der erste Lord der Admiralität führt in einer Denkschrift aus, daß von den in dem Reorganisationsplane von 1889 vorgesehenen 70 Schiffen der vom Jahre 1894 69 fertiggestellt sein sollen. Der Vorrat an Holz für die Aufstellung der Erhöhung der Materialpreise überschritten werden.

\* In Unterhaufe beantragte am Montag bei der Beratung des Militäretats Labouchere die Herabsetzung der Heeresstärke um 3320 Mann und zwar als Protest gegen die Befegung Lotars und die dauernde Befegung von Aegypten. Ferguson verteidigte die Befegung von Lotar als Schutz für Suesin. Die Befegung sei gleichzeitig geeignet, Handel und Industrie des östlichen Sudan, dessen Schlüssel es sei, zu beleben; ebenso werde die Befegung Lotars den Landbau der umliegenden von Suesin günstig beeinflussen. Seitens der Regierung seien Beweise genug erbracht, daß die Befegung Aegyptens nicht als dauernd beabsichtigt sei; eine Zurückziehung der Truppen werde vielmehr erfolgen, sobald die Unabhängigkeit des Landes und eine gute Verwaltung desselben gesichert sei und die Gefahr einer fremden Befegung nicht länger vorhanden wäre. Einen bestimmten Tag der Räumung festzusetzen sei jedoch vollkommen unmöglich. Darauf lehnte das Unterhaus den oben erwähnten Antrag Laboucheres mit 124 gegen 52 Stimmen ab.

\* Lord Aberdeen präsierte am Montag der Versammlung eines Vereins zur Unterstützung der russischen Juden und erklärte, der Zweck des Vereins sei, die Juden zu unterstützen und zu beschäftigen, besonders aber die Gründung eigener Kolonien in Palästina zu ermöglichen. Eine hierzu bezügliche Resolution wurde von der Versammlung angenommen.

## Belgien.

\* Die Delegierten der belgischen Arbeiter, welche sich zu dem am 31. März stattfindenden internationalen Kongress nach Paris begeben, haben den Antrag erhalten, die Unterstützung der auswärtigen Grundarbeiter nachzusuchen, falls in Belgien ein allgemeiner Streik zum Ausbruch kommen sollte. Die Arbeiter sollen keine Unterstützung fordern, aber verlangen, daß die ausländischen Grundarbeiter durch die Drohung, selbst den Streik zu beginnen, die Einschüchterung von Kohlen aus dem Auslande nach Belgien verhindern.

## Schweden-Norwegen.

\* Die in Norwegen ausgebrochene Ministerkrise dauert an. Die Schwierigkeiten bei Bildung eines Cabinets der Linken sind aufsehenerregend, und zwar infolge der von den Radikalen erhobenen Forderung, daß ihr bekannter Führer

Eien zum Chef des neuen Ministeriums berufen werden soll, wogegen der König früher entschieden Widerstand leistete.

## Rußland.

\* Die Beschränkungen, die bisher in Finnland bei Erwerb von Grundbesitz durch russische Unterthanen bestanden haben, sind nunmehr mittels kaiserlichen Erlasses aufgehoben.

## Balkanstaaten.

\* Wie man aus Belgrad meldet, hat der rabulische Deputierte Stanojewitsch ein Flugblatt veröffentlicht, welches heftige Angriffe gegen die in Serbien bestehende geistliche Ordnung enthält und den Umsturz der Dynastie fordert. Der rabulische Klub beschloß infolgedessen den wegen seiner politischen Organisations bekannten Agitator aus dem Verbands der Partei auszuschließen. Das Flugblatt wurde konfiszirt, und gegen den Autor derselben wird mit Zustimmung der Süpphina ein Prozeß eingeleitet werden. Kinder undarren sprechen aber besonnenheit die Wahrheit, und vielleicht hat Stanojewitsch nur ausgeplaudert, was mancher Rabulische und Begünstiger des Hauses Karageorgiewitsch denkt.

## Amerika.

\* In der am Montag stattgefundenen Sitzung des brasilianischen gelegenden Kongresses wurde die endgültige Fassung der Verfassung angenommen, welche demnach veröffentlicht werden soll. Gleichzeitig wird die Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten der Republik darauf gemacht werden, welche mittelbar darauf ihr Amt antreten werden.

## Deutscher Reichstag.

Am Dienstag beriet der Reichstag die Bestimmungen des Arbeiterausgegeseß über die Lohnzahlung. Zunächst wurde § 116 angenommen, nach welchem nicht vorchriftsmäßig gezahlte Löhne in erster Linie der Pfandsatz, welcher der Arbeiter angehört bzw. einer anderen Arbeiterklasse oder der Ortbarmentasse zufallen. Nach § 117 sind Verträge zwischen Arbeiter und Arbeitgeber, welche dem in § 115 festgesetzten Verbot des Trustsystems widersprechen, ungültig; es sollen damit etwaige Umgehungen des § 115 unmöglich gemacht werden. Aus den nämlichen Gründe sind ungültig Verabredungen zwischen den Gewerbetreibenden und ihren Arbeitern über die Verwendung des Verdienstes derselben zu einem anderen Zweck als zur Beteiligung an Einrichtungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter. Ein Antrag des sozialdemokratischen Abgeordneten Auer wollte auch Lohninbehaltung für Wahl-fähigkeitsbedingungen verbieten, der Reichstag lehnte dies jedoch ab und nahm den § 117 in der ursprünglichen Fassung an. Während der darauf folgenden Debatte über Lohninbehaltungen zur Sicherung gegen Kontraktbruch der Arbeiter (§ 119a) wurde Schluss der Diskussion beantragt und genehmigt. Gleichzeitig bezweifelte Abg. Singer die Beschlußfähigkeit des Hauses, worauf der Abg. Windhorst die Vertagung vor der Abstimmung beantragte. Das Haus konnte dem zufolge erst am Mittwoch über den § 119a abstimmen.

Am Mittwoch wurde zunächst § 119a (Lohninbehaltung bei widerrechtlicher Auflösung des Arbeitsverhältnisses) nach der Kommissionsvorlage angenommen. § 119a heißt die Bestimmungen über Verbot von Trustsystem und Lohninbehaltungen auch auf die im fremden Lande arbeitenden Hausindustriellen aus. Abg. Stadthagen (Soz.) verlangt das anschlusslose Verbot der Lohninbehaltungen auch für die Arbeiterklassen und bezeichnet diese Bestimmungen als denkbare schismatische Ausdehnung der Arbeiter. Nach Ablehnung des Antrages wurde dieser Paragraph ebenfalls angenommen. § 120 verpflichtet die Gewerbetreibenden, ihren Arbeitern unter 18 Jahren die erforderliche Zeit zum Besuche von Fortbildungsschulen zu gewähren und sieht eine eventuelle Verpflichtung zum Besuche dieser Schulen durch Christianität vor. Der Antrag wurde auch als Sonntagsgottesdienstes ist unterlag. Ein Antrag Auer will den Unterricht an Fortbildungsschulen der jungen Leute legen und auch die Arbeiterinnen zum Besuche der Fortbildungsschule verpflichten. Abg. Gustke (Soz.) beantragte die Zulässigkeit des Unterrichts auch während des Gottesdienstes. Zu einer Beschlußfassung kam es noch nicht.

## Preussischer Landtag.

Am Dienstag wurden die von der Verwendung des Mehrertrags handelnden Paragraphen des Einkommensteuergesetzes nach dreitägiger Debatte nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen